

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 21.10.2014

Ort: Beratungsraum Zi. 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 17:37 Uhr

Vorsitz: Frau Bürgermeisterin Petra Wessler

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	10	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr René Deschner	CDU-Ratsfraktion	krank
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion	private Gründe

Verspätetes Erscheinen

Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion	16:37 Uhr; TOP 4
-------------------	------------------	------------------

Frühzeitiges Verlassen

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger	Fraktion DIE LINKE
Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Herr Bernhard Herrmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Ulf Kallscheidt	SPD-Fraktion
Herr Jürgen Leistner	CDU-Ratsfraktion
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion
Herr Thomas Scherzberg	Fraktion DIE LINKE
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Herr Kai Tietze	Fraktion DIE LINKE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Christian Kempe	CDU-Ratsfraktion	i. V. für Herrn Fritzsche
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	i. V. für Herrn Deschner

weitere Stadtratsmitglieder

Herr Dr. Alexander Haentjens	CDU-Ratsfraktion
Frau Cornelia Knorr	SPD-Fraktion
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Joachim Zschocke	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

beratend Teilnehmende

Frau Petra Liebetau	Behindertenbeauftragte
---------------------	------------------------

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Peter Börner	amt. Amtsleiter Amt 67
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Christian Pilz	Abteilungsleiter Abt. 61.4
Herr Michael Stötzer	Leiter SE 17

Schriftführer

Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
-------------------	--------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Die **Ausschussvorsitzende Frau Bürgermeisterin Wessler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Beschlussvorlagen an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss
-

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 14/07 Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber
Vorlage: B-209/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Carl (Vizepräsident Landesdirektion Sachsen) führt aus, dass in Sachsen für die Betreuung der Erstaufnahmeeinrichtungen die Landesdirektion als Dienstleister für das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig sei. Seit 2013 zeichnen sich steigende Asylbewerberzahlen ab, sodass nach Alternativen zu den jetzigen Standorten gesucht werden musste. Auch mit dem Standort in Schneeberg reiche die Kapazität insgesamt nicht aus. Die Sächsische Regierung habe daher beschlossen, in Dresden und Leipzig analog Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer Kapazität von 700 Plätzen zu schaffen. Dafür müssen zunächst bauplanungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen und schließlich der Bau umgesetzt werden. Als Bauträger wurde das Sächsische Bau- und Immobilienmanagement (SIB) beauftragt.

Die Einrichtung am Adalberg-Stifter-Weg sei sanierungs- und erweiterungsbedürftig. Derzeit stoße man an baurechtliche Grenzen, sodass eine Änderung des Bebauungsplanes erforderlich sei, da anderenfalls nur eine Sanierung im Bestand möglich sei. Allerdings sollte die Gelegenheit genutzt werden, um den Bau zu erweitern.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) fragt nach, welche Kapazitäten tatsächlich vorgehalten werden müsse. Der Presse war zu entnehmen, dass in Chemnitz 1100 Plätze bereitgestellt werden müssen. **Herr Carl** sagt, dass es sich dabei um ein Missverständnis handelt. Die 1.100 Plätze seien die rechnerischen Kapazitäten mit aktuellen temporären Anmietungen und nicht die tatsächlich Zahl der in Chemnitz anwesenden Asylbewerber und der dauerhaft bereit zu stellenden Plätze.

Herr Stadtrat Müller möchte des Weiteren den genauen Fortschritt in Dresden wissen. **Herr Carl** teilt mit, dass in Dresden die Errichtung einer Außenstelle mit 500 Plätzen auf einer landeseigenen Liegenschaft geplant sei.

Herr Stadtrat Müller erkundigt sich zudem nach der Zusammenarbeit mit dem BAMF in Bezug auf Personalbereitstellung. Er fragt, ob der Bund garantieren könne, dass der Dresdner Standort auch tatsächlich arbeitsfähig sein werde. **Herr Carl** führt aus, dass man bisher mit gleichbleibendem Personal versucht habe, die Mehrarbeit zu stemmen. Allerdings benötige man weitere qualifizierte Mitarbeiter. Auch das BAMF sei derzeit noch nicht personell verstärkt.

Er betont abschließend, dass es in Dresden und Leipzig nur Außenstellen geben werde, jedoch Chemnitz weiterhin in Sachsen die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung bleiben werde. Nach der erfolgten Erstuntersuchung werden die Asylbewerber dann nach Dresden und Leipzig weiter verteilt.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) mahnt eine schnelle Baudurchführung an und verweist auf die vielen Probleme der Anwohner. **Herr Carl** entgegnet, dass ihm die Anliegen der Anwohner bekannt seien und man Hinweisen aus der Anwohnerschaft auch nachgehe. Konkrete Anmerkungen können zudem im weiteren Bebauungsplanverfahren gemacht werden. Zusätzlich werden Einwohnerversammlungen durchgeführt. Laut SIB sei es derzeit allerdings illusorisch, eine Fertigstellung vor Mitte 2016 als Ziel zu nennen.

Herr Stadtrat Müller kritisiert, dass in Dresden und Leipzig noch nicht einmal der dortige Planungsausschuss mit der Sache befasst sei. Die beiden Städte müssten unbedingt mitziehen. Er erkundigt sich zudem nach dem Ablauf der Sanierung im laufenden Betrieb.

Herr Carl führt aus, dass es sich in Dresden und Leipzig um landeseigene Liegenschaften handelt und sowohl Freistaat als auch SIB von einer baurechtlichen Zulässigkeit der Vorhaben ausgehen. Es sei derzeit noch ungewiss, ob dort überhaupt Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden müssen. Der Bau im laufenden Betrieb in Chemnitz bedeutet eine schwierigere Organisation und eine längere Bauzeit, da die Anlage nicht komplett geschlossen werden könne. Auf dem Gelände müsse eine Interimslösung gefunden werden.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) kritisiert, dass der Freistaat nicht schon frühzeitig darüber nachgedacht habe, die Kapazitäten zu verteilen. Er fragt, ob nicht die Kapazität in Chemnitz bei 500 belassen werden könne und dafür die Einrichtungen in Leipzig und Dresden gleich entsprechend größer gebaut werden. **Herr Carl** kann keine Aussage zu einer höheren Kapazität in Leipzig und Dresden geben.

Herr Stadtrat Müller findet, dass die Aufnahme der Asylbewerber in die Landkreise stockend vorangeht und eine bessere Organisation durch den Freistaat nötig ist. **Herr Carl** sagt, dass man verstärkt an die Landkreise Asylbewerber weitergebe und man den Kreisen ggf. Zwangszuweisungen androhen müsse.

Herr Stadtrat Müller befürwortet eine geplante zweite Zuwegung zur Einrichtung, aber sieht eine Zuwegung über die Blankenauer Straße kritisch. **Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** sagt, dass es sich hier nur um den Aufstellungsbeschluss handle und bei der Planaufstellung ein Verkehrskonzept erstellt werden müsse.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob es denkbar wäre, in Sachsen dezentral sechs Einrichtungen mit je 300 Plätzen zu betreiben. **Herr Carl** antwortet, dass dies aufgrund der Vorschrift des BAMF, dass eine Außenstelle mindestens 500 Plätze haben muss, nicht möglich sei. Er widerspricht zudem der häufigen Annahme, dass eine geringere Platzzahl auch eine Verringerung der Probleme bewirkt. Diese seien in der Regel von den verschiedenen Ethnien und Asylgründen abhängig. **Herr Stadtrat Herrmann** meint, dass es nicht an einer Formalie scheitern dürfe.

Herr Stadtrat Müller bittet darum, im weiteren Verfahren den Kleingartenbeirat, Ausländerbeirat und die Ausländerbeauftragte einzubeziehen.

Beschluss B-209/2014

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Für das Gebiet der bestehenden Aufnahmeeinrichtung im Stadtteil Ebersdorf soll der Bebauungsplan Nr. 14/07 Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber aufgestellt werden.

Als Planungsziele werden definiert:

- Ausweisung eines Sondergebietes Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber gemäß § 11 BauNVO
 - Festsetzung der Zulässigkeit folgender Nutzungen im Sondergebiet:
 - o Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF),
 - o Zentrale Ausländerbehörde der Landesdirektion Sachsen (ZAB),
 - o Kapazität von 520 Betten für Asylbewerber (reguläre Belegung),
 - o Einrichtung eines Quarantänebereiches mit einer Kapazität von 200 Betten (zusätzliche temporäre Belegung),
 - o alle für den ordnungsgemäßen Betrieb der Aufnahmeeinrichtung erforderlichen Gebäude und baulichen Anlagen (z.B. Gemeinschaftsverpflegung, Sport und Freizeit, soziale Betreuung, Sicherheit).
 - Erstellung einer Zufahrtsstraße von der Glösaer Straße zur Westseite der Aufnahmeeinrichtung als öffentliche Verkehrsfläche.
2. Der räumliche Geltungsbereich des Plangebietes wird durch die Planzeichnung bestimmt. Im Geltungsbereich liegt das Flurstück 449/2 der Gemarkung Ebersdorf (vollständig) sowie die Flurstücke 161, 163, 163/1, 167, 170b, und 248/1 der Gemarkung Furth (je teilweise). Die Abgrenzung ist in der Anlage 3 dargestellt. Der Geltungsbereich umfasst rd. 9,47 ha.
 3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung (Bürgerforum) erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (11 Ja-Stimmen)

4 Verschiedenes

4.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Wesseler teilt mit, dass es am 24.11.2014 einen Termin zur Forsteinrichtungsplanung geben wird, zu dem die Stadträte noch eine offizielle Einladung erhalten werden.

4.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

5 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** und **Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion)** bestimmt.

* * *

Frau Bürgermeisterin Wessler schließt die Sitzung.

05.11.2014 *Wessler*
Datum Wessler
Vorsitzende
des Ausschusses

17.11.2014 *B. Herrmann*
Datum Herrmann
Mitglied
des Ausschusses

24.11.2014 *Kallscheidt*
Datum Kallscheidt
Mitglied
des Ausschusses

30.10.2014 *Haase*
Datum Haase
Schriftführer